

Entschließung

betreffend Deutschförderung in Schule und Kindergarten ausbauen

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, wird ersucht, die Maßnahmen zur Deutschförderung im Bildungssystem auszubauen und dazu

- ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr einzuführen,
- zu Beginn des vorletzten Kindergartenjahres eine Sprachstandserhebung, bei mangelnden Deutschkenntnissen eine neuerliche Erhebung vor Schuleintritt durchzuführen,
- Deutschförderklassen auf Grundlage bestehender Evaluierungen im Rahmen der Schulautonomie mit zentraler Erfolgsmessung weiterzuentwickeln und sämtliche Deutschfördermaßnahmen auszubauen,
- den verpflichtenden Besuch einer, um Sprachfördermaßnahmen erweiterten Sommerschule für außerordentliche Schülerinnen und Schüler mit entsprechendem Förderbedarf vorzusehen,
- Orientierungsklassen einzuführen, in denen quer einsteigende Schülerinnen und Schüler mit unzureichender Schulerfahrung und unzureichenden Sprachkenntnissen in einem bestimmten Zeitraum auf den Schulbesuch in Österreich vorbereitet werden, erste Sprachkenntnisse erwerben und Wertevermittlung praktiziert wird und
- sprachliche Bildung als verpflichtenden Kernbereich inklusive Praxiselemente in der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen aller Schulstufen und der Elementarpädagogik zu verankern.